Absender
Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister
Federführender Fachbereich
BM I-1

Drucksachen-Nr.

0141/2019

öffentlich

Anfrage

der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei GL

zur Sitzung:
Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr am 26.03.2019

Tagesordnungspunkt

Anfrage der Fraktion Die Linke. mit Bürgerpartei GL vom 31.12.2018 - eingegangen am 02.01.2019 - zur Breitbandversorgung

Inhalt:

Zuletzt wurde dem AUKIV in seiner Sitzung am 13.09.2017 eine Sachstandinformation vorgelegt und mit dieser beschlossen, bei wesentlichen Fortschritten dem Ausschuss Bericht zu erstatten. Zudem wurde beschlossen, dass die Stadtverwaltung darauf hinwirken solle, dass ein kreisweites FTTB-Konzept durch den Rheinisch-Bergischen-Kreis (RBK), als Vorbereitung auf die nächsten Schritte im Breitbandausbau, erstellt wird.

Die Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei GL hat am 31.12.2018 dazu eine Anfrage gestellt und speziell um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie ist der Sachstand hinsichtlich des kreisweiten FTTB-Konzeptes?
2. Wie ist der Sachstand der beschlossenen Förderprojekte?
3. Welche Landes- und/oder Bundesmittel sind der Stadt Bergisch Gladbach und / oder dem RBK seit 2017 für den Breitbandausbau bewilligt worden? Sind weitere Fördermittel beantragt worden?

Status Quo

Im März 2015 wurde im seinerzeit für das Thema Breitbandversorgung zuständigen Verwaltungsrat des Stadtentwicklungsbetriebes beschlossen, das Breitbandausbauziel der Bundesregierung auch auf Bergisch Gladbach zu übertragen und bis zum Jahr 2018 eine flächendeckende Breitbandversorgung von 50 Mbit/s zu erreichen. Damals lautete der Beschluss: „Die Umsetzung dieses Zieles auf kommunaler Ebene soll konsequent verfolgt bzw. unterstützt werden, um die Stadt Bergisch Gladbach langfristig als Wohn- und Wirtschaftsstandort konkurrenzfähig zu halten.“

Nach den Daten des TÜV-Rheinland liegt der Versorgungsgrad von 98,9% der Bergisch Gladbacher Haushalte bei mindestens 16 Mbit/s, von 98,4% der Haushalte bei mindestens 30 Mbit/s und bei 96,4% der Haushalte bei mindestens 50 Mbit/s.¹ Die Versorgung erfolgt in der Regel auf Basis von FTTC-Anbindungen (Fibre To The Curb = Glasfaser bis zum Bordstein (gemeint sind Kabelverzweiger)).

1. Wie ist der Sachstand hinsichtlich des kreisweiten FTTB-Konzeptes?

In der Vorlage am 13.09.2017 wurde dazu wie folgt ausgeführt:

Des Weiteren ist bereits für die nächste Ausbaustufe vorzusorgen – von FTTC auf FTTB (Fibre To The Building = Glasfaser bis zum Gebäude). Auf Vorschlag der Stadt Bergisch Gladbach im Lenkungskreis Breitband, der sich seit 2009 kreisweit um den strategischen Breitbandausbau kümmert, soll der RBK den Auftrag übernehmen, ein kreisweites FTTB-Konzept zu erstellen.

Die Telekommunikationsbranche sowie die Landes- und Bundesministerien sind sich einig, dass Glasfaser das Medium ist, über das auch in Zukunft am effektivsten Daten übermittelt werden können. Aktuell sind in Bergisch Gladbach die Glasfaserkabel in der Regel nur bis zum Kabelverzweiger verlegt (FTTC). Die verbleibende Strecke zwischen Kabelverzweiger und Hausanschluss wird mittels Kupferleitungen überbrückt. Durch die Verlegung von Glasfaserkabeln bis zum Gebäude (FTTB) können hier deutlich höhere Übertragungsraten erzielt werden. Zwei Gutachten des Wissenschaftlichen Instituts für Informations- und Kommunikationsdienste (WIK) zum Glasfaserausbau gehen davon aus, dass der flächendeckende Glasfaserausbau in Deutschland 45 Milliarden Euro kostet. Um diese Kosten zu minimieren sind Synergien mit anderen Tiefbaumaßnahmen zu nutzen. Mutmaßlich auch deshalb hat der Bund kürzlich das DigiNetz-Gesetz und die Kostensenkungsrichtlinie beschlossen, die beim Bau öffentlich finanzierter Verkehrsinfrastrukturen dazu verpflichten, Leerrohre oder Glasfaserkabel bedarfsgerecht mitzuverlegen.

Ziel des angedachten kreisweiten FTTB-Konzeptes ist es, eine Grundlage zu liefern, damit sukzessiv der flächendeckende Glasfaserausbau vorbereitet werden kann. Dazu wäre zunächst eine umfassende Bestandsaufnahme erforderlich. Die anschließende Analyse würde zu einer Auswertung führen, die in ein Geoinformationssystem (GIS) eingepflegt würde und bei jeder stattfindenden öffentlichen und privaten Tiefbaumaßnahme darüber Auskunft gäbe, wo, was und in welcher Anzahl zu verlegen wäre. Anschließend fände eine Rückmeldung dazu statt, die ebenfalls ins GIS eingearbeitet würde.

Zusätzlich wurde in der Vorlage am 13.09.2017 eine mögliche Förderrichtlinie aufgezeigt, über die Kreise und kreisfreie Städte Fördermittel für solche Beratungsleistungen beantragen

¹ Quellen: gigabit.nrw.de, Breitband-Daten: TÜV Rheinland, Statistik: Landesdatenbank NRW & IT NRW
Stand: Mitte 2018

können. Da sich die betreffende Förderrichtlinie inzwischen als ungeeignet für das Vorhaben erwiesen hat, konnte bislang kein erfolgreicher Förderantrag gestellt werden, sodass keine Mittel für einen solchen Auftrag zur Verfügung stehen. Dennoch wurden vorbereitend durch den RBK Gespräche mit Unternehmen geführt, um die Leistung entsprechend beschreiben und das Auftragsvolumen abschätzen zu können.

Aktuell herrscht im Lenkungskreis Breitband Einigkeit darüber, weitere Anträge auf Fördermittel für diese Beratungsleistung zu stellen und ggf. nur den das Fördervolumen übersteigenden Betrag über den Kreishaushalt zu finanzieren.

2. Wie ist der Sachstand der beschlossenen Förderprojekte?

2.1. RBK-Förderantrag auf Bundesmittel mit Ko-Finanzierung durch das Land

Gemeinsam mit den anderen Kreis-Kommunen hat der RBK im Jahr 2016 einen Förderantrag im Rahmen der Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland“ vom 22.10.2015 (Förderrichtlinie Bund) gestellt, um den Breitbandausbau unterversorgter Gewerbegebiete und einzelner unterversorgter Straßenzüge zu fördern.

Mit Stand 13.09.2017 waren aus Bergisch Gladbach unterversorgte Bereiche der Gewerbegebiete West, Zinkhütte und Frankenforst sowie Straßenzüge im Ortsteil Schildgen und Moitzfeld im Förderprojekt enthalten.

Ergänzung der Schulen

Im Zuge der Bundes-Offensive „Digitales Klassenzimmer“ und mit Veröffentlichung des aktualisierten Leitfadens zum Bundesförderprogramm für den Breitbandausbau ist im Jahr 2017 die Aufgreifschwelle von Schulen neu definiert worden. Bezugspunkt für die Feststellung eines weißen Flecks soll demnach der Endnutzer, also die einzelne (Schul-)Klasse, sein. In Analogie zu Haushalten ist eine Schule nur dann als versorgt im Sinne der Breitbandrichtlinien anzusehen, wenn neben der Schulverwaltung zumindest jede Klasse einer Schule dauerhaft eine Datenversorgungsrate von 30 Mbit/s zur Verfügung stehen kann. Dies gilt sinngemäß auch für andere Bildungseinrichtungen. Neben des Bezugs der Aufgreifschwelle auf Klassen besteht alternativ die Möglichkeit, 30 Mbit/s als Aufgreifschwelle pro 23 Schüler anzuwenden. Durch die neue Regelung besteht somit die Möglichkeit, den bisherigen Antrag im Bundesförderprogramm zu erweitern mit dem Ziel, alle als unterversorgt und förderfähig ermittelten Schulen im gesamten Kreisgebiet mit einer Glasfaseranbindung bis in das Gebäude (FTTB) anzuschließen.

Die Kreis-Kommunen und der RBK haben entschieden, auf der oben beschriebenen Basis, seinen Antrag im Bundesförderprogramm zu erweitern. Dies wurde dem Projektträger bereits am 13.10.2017 angezeigt. Sehr kurzfristig wurden für den Kreis durch die Schulverwaltung Informationen zu den Bergisch Gladbacher Schulen und Bildungseinrichtungen zusammengestellt und über den Kreis an den Fördergeber übermittelt, um eine Erweiterung des bereits bewilligten Förderantrags in die Wege zu leiten. Um die Schulen mit Glasfasertechnologie anbinden zu können, war ein entsprechender Änderungsantrag beim Fördergeber einzureichen. Am 19.12.2017 wurde beantragt, den bisher in vorläufiger Höhe bewilligten Förderantrag durch die Hinzunahme der förderfähigen Schulen zu ergänzen.

Um die Schulen in das laufende Förderverfahren mit aufzunehmen, waren umfangreiche Anpassungsarbeiten erforderlich, um den entsprechenden

Änderungsantrag einreichen zu können. So mussten zum Beispiel nach Rückmeldung durch den Fördergeber einige Bildungseinrichtungen (z.B. Museen, Musikschulen) mangels Förderfähigkeit wieder herausgenommen werden, genauso wie kreisweit 16 Grundschulen aufgrund einer vorhandenen Versorgungsmöglichkeit des Netzbetreibers Unitymedia – mit 400 Mbit/s im Download war bei diesen Schulen keine Unterversorgung nachzuweisen. Dies macht deutlich, dass die neue Berechnungsgrundlage für die Unterversorgung der Schulen mit dem Ziel einer Glasfaseranbindung leider nicht bei allen Schulen greift.

Es folgten weitere Nachforderungen, die eine mehrmalige Überarbeitung des Netzplans, Finanzplans und der Projektbeschreibung erforderten. Der Änderungsantrag für die Hinzunahme der Schulen wurde nach Abschluss dieser Maßnahmen am 15.05.2018 erneut eingereicht. Im August 2018 erhielt der Rheinisch-Bergische Kreis den Zuwendungsbescheid über zusätzliche Fördermittel in Höhe von knapp 3,2 Mio. €, sodass insgesamt rund 5,2 Mio € durch den Bund zur Verfügung standen.

Am 15.02.2019 hat auch das Land NRW den entsprechenden Förderbescheid in Höhe von 3.133.143 € erteilt, sodass die gesamte Kofinanzierung nun in Summe 5.062.967 € beträgt. Insgesamt stehen für das Förderprojekt durch die Erweiterungsmaßnahme knapp 10,3 Mio. € an Fördermitteln durch Bund und Land zur Verfügung.

Technologie-Upgrade

Am 03.07.2018 wurde die Förderrichtlinie erneut novelliert. Demnach besteht seit dem die Möglichkeit, für bereits laufende Förderverfahren, die bis dato einen FTTC-Ausbau planen, ein Technologie-Upgrade auf Glasfaserausbau (FTTB/FTTH) durchzuführen. Die Kommunen des RBK sind nach intensiver Diskussion unter Abwägung strategischer und zeitlicher Faktoren im Rahmen des Lenkungskreises Breitbandversorgung und auf Ebene der Verwaltungsspitzen übereingekommen, ein Technologie-Upgrade beantragen zu wollen, um neben Gewerbegebieten und Schulen auch die unterversorgten Siedlungsbereiche mit Glasfasertechnologie anbinden zu können.

Mit Novellierung der Bundesförderrichtlinie vom 03.07.2018 sind wesentliche Änderungen im Antragsverfahren umgesetzt worden. Die Neuerungen verfolgen das Ziel, den Ausbau von Glasfasernetzen (FTTB/FTTH) zu fördern und gleichzeitig das Förderverfahren zu vereinfachen. Die Aufgreifschwelle bleibt bestehen bei 30Mbit/s im Download.

Mit der Novellierung der Bundesförderrichtlinie besteht die Möglichkeit, in bereits laufenden Förderverfahren, bei denen das Vergabeverfahren noch nicht beendet ist, ein Technologie-Upgrade auf Glasfaserausbau durchzuführen. Die neuen Förderbedingungen ermöglichen eine Erhöhung der Fördersumme, um in allen bereits beantragten Siedlungsbereichen einen Glasfaserausbau realisieren zu können. Antragsteller, die bislang einen FTTC-Ausbau zu erwarten hatten, können bis Ende 2018 einen entsprechenden Änderungsantrag für einen FTTB/FTTH-Ausbau beim Fördergeber einreichen. Für den Bundesförderantrag des RBK und seiner Kommunen war ein Technologie-Upgrade auf Glasfaser möglich. Bei der Entscheidung für ein Technologie-Upgrade wurden einerseits strategische Überlegungen bzgl. des aktuellen Ziels von Bund und Land eines flächendeckenden Glasfaserausbaus, des Marktgeschehens und eventuell zukünftigen Fördermöglichkeiten sowie andererseits sind die Rahmenbedingungen des Antrags- und Vergabeverfahrens und der damit zusammenhängende Zeitplan berücksichtigt.

Die Förderung ermöglicht die vollständige Finanzierung der wirtschaftlichen

Deckungslücke des ausbauenden Telekommunikationsunternehmens, u.a. wenn Kommunen ohne ausgeglichenen Haushalt ein genehmigtes Haushaltssicherungskonzept aufgestellt haben. Die Bereitstellung eines Eigenanteils ist somit für Bergisch Gladbach nach wie vor nicht notwendig. Lediglich ist die Vorfinanzierung sicherzustellen – in diesem Fall aber nicht durch die Stadt Bergisch Gladbach, sondern durch den RBK, da dieses Projekt durch den RBK abgewickelt werden wird.

Eine Zusicherung des Bundes sowie ein entsprechender Letter of Intent des Landes NRW über weitere Fördergelder im niedrigen zweistelligen Millionenbereich liegen dem Rheinisch-Bergischen Kreis bereits vor. Bevor das gesamte Projekt starten kann, müssen allerdings noch die endgültigen Zuwendungsbescheide erteilt werden. Diese werden für Ende des zweiten Quartals 2019 erwartet. Darüber hinaus hat derer RBK die finalen Verhandlungsgespräche mit einem Telekommunikationsunternehmen abgeschlossen. Nach Erhalt der endgültigen Zuwendungsbescheide von Bund und Land kann der Vertrag mit dem Netzbetreiber unterzeichnet werden. Unmittelbar danach kann der Projektstart erfolgen. Aufgrund der bundesweit massiven Auftragslage sowie allgemein begrenzter Tiefbaukapazitäten ist von einer Ausbaudauer von 36 Monaten auszugehen.

2.2. GL-Förderantrag auf Landesmittel

Parallel wurde durch die Stadt selbst für die dann noch verbleibenden unterversorgten Bereiche (Unterversorgung herrscht bei unter 30 Mbit/s im Download) ein weiterer Förderantrag vorbereitet. Dabei wurden Landesmittel über die „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Next-Generation-Access im Ländlichen Raum“ beantragt.

Die Bereiche liegen allesamt im nord-östlichen Teil des Stadtgebietes. Sie sind mutmaßlich deshalb unterversorgt, weil sie dünn besiedelt sind und so die einzelnen Haushalte nur mit relativ hohen Aufwendungen erschlossen werden können. Daher wurde diese Richtlinie für den ländlichen Raum erlassen.

Auch diese Förderrichtlinie wurde mehrfach novelliert. Daher konnte der Anteil der Glasfaseranschlüsse gegenüber dem ersten Antrag deutlich erhöht werden. Gleichzeitig musste aufgrund eines Formfehlers die Ausschreibung wiederholt werden.

Inzwischen wurde der vorzeitige Maßnahmebeginn bewilligt und es finden die finalen Vertragsverhandlungen mit einem Telekommunikationsunternehmen statt. Auch ist die bundesweite Auftragslage und die hohe Auslastung von Tiefbauunternehmen zu spüren, sodass bei diesem Projekt von einer Ausbaudauer von 24 Monaten auszugehen ist.

Auch hierbei ermöglicht die Förderung die vollständige Finanzierung der wirtschaftlichen Deckungslücke u.a. bei Kommunen, die sich im genehmigten Haushaltssicherungskonzept befinden. Die Bereitstellung eines Eigenanteils ist somit nicht notwendig. Die Vorfinanzierung ist allerdings durch die Stadt sicherzustellen.

3. Welche Landes- und/oder Bundesmittel sind der Stadt Bergisch Gladbach und / oder dem RBK seit 2017 für den Breitbandausbau bewilligt worden? Sind weitere Fördermittel beantragt worden?

Die Bewilligung für die einzelnen Förderanträge ergibt sich aus der Beantwortung der Frage 2.

Weitere Fördermittelanträge wurden nicht gestellt. Beabsichtigt ist, dass über eine neue Förderrichtlinie des Landes („Richtlinie zur Gewährung von Zuwendungen für die Glasfaseranbindung der öffentlichen Schulen und der genehmigten Ersatzschulen“) ein Förderantrag für die Schulen gestellt wird, die nicht über die Bundesförderung (siehe 2.1) förderfähig waren. Die Anfrage an die Bezirksregierung Köln, ob der RKB für die Kommunen die Anträge stellen kann, wurde verneint; nur der jeweilige Schulträger ist antragsberechtigt. Die Stadt Bergisch Gladbach strebt an, dass dennoch gebündelt die Anträge durch den RBK vorbereitet werden, um Synergieeffekte zu erzielen.